

Auch der Hinduismus ist heute ein Teil Deutschlands

RELIGION Der „Migrationsreport 2010“ stellt der deutschen Islampolitik ein schlechtes Zeugnis aus

BERLIN taz | Die Islampolitik der Bundesregierung habe zu einer „Islamisierung der Integrationsdebatte“ geführt, kritisierte der Migrationsforscher Klaus Bade am Montag bei der Vorstellung des fünften „Migrationsreports“. Vor allem der Islamkonferenz, einem Vorzeigeprojekt der Bundesregierung, stellt der Bericht ein zwiespältiges Zeugnis aus.

In der Islamkonferenz werde zuweilen eine „Ersatzdebatte über Grundfragen der Einwanderungsgesellschaft“ geführt, so Bade. Das konnte man als Seitenhieb gegen Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) verstehen, unter dem sich der Schwerpunkt der Konferenz deutlich auf sicherheitspolitische Aspekte verlagert hat.

Der Migrationsreport erscheint seit 2000 alle zwei Jahre im Auftrag des „Rats für Migration“, einem Zusammenschluss von Forschern auf diesem Gebiet. Der Sozialanthropologe Werner Schiffauer, einer seiner Herausgeber, kritisiert die Ausgrenzung von konservativen Dachverbänden wie der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ oder der „Islamischen Gemeinde Deutschlands“, die nicht dem Leitbild eines reformierten deutschen Islams entsprächen. Sie habe dazu geführt, dass inzwischen bis zu 70 Prozent der Moscheen in Deutschland nicht mehr in der Islamkon-

ferenz vertreten seien. Der Migrationsforscher Levent Tezcan bemängelte die Überfrachtung des Forums „mit allen Themen, die mit der Integration von Muslimen zusammenhängen“.

Als „gescheitert“ wollten die Forscher die Islamkonferenz trotz dieser Fehler deshalb aber nicht bezeichnen. Tezcan empfahl jedoch, die Islamkonferenz solle sich künftig besser auf ihre zentralen Aufgaben beschränken.

Der Berliner Senatsbeauftragte für Migration und Integration, Günter Piening, war als Gast zu der Vorstellung der Studie eingeladen. Er kritisierte, die Autoren des „Migrationsreports“ hätten ihr Blickfeld zu sehr auf das Verhältnis von Staat und Islam verengt, wo es doch um das viel grundlegendere Verhältnis von Staat und Religion gehe. Die Frage sei, inwieweit das deutsche Staatskirchenrecht noch den Realitäten einer multireligiösen Gesellschaft entspreche, so Piening. Schließlich seien auch der Hinduismus und der Buddhismus heute ein Teil Deutschlands.

Marianne Krüger-Potratz, die Mitherausgeberin der Studie, stimmte ihm da zu. Die Leiterin des Zentrums für Europäische Bildung an der Universität Münster schlug deshalb vor, die Islamkonferenz durch eine viel breiter angelegte „Religionskonferenz“ abzulösen. **DANIEL BAX**